

Hegseth verpasst wichtige Sitzung zur Ukraine-Unterstützung

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth wird voraussichtlich das bevorstehende Treffen der Ukraine-Verteidigungsgruppe in Brüssel auslassen, was einen markanten Rückzug der USA von der Allianz signalisiert.

US-Verteidigungsminister **Pete Hegseth** wird voraussichtlich nicht am nächsten Treffen der Ukraine Defense Contact Group in Brüssel teilnehmen. Dies markiert das erste Mal seit der Gründung der Gruppe vor drei Jahren, dass ein hochrangiger Pentagon-Offizieller nicht anwesend sein wird, um die USA zu vertreten, berichtet CNN unter Berufung auf informierte Quellen.

Abzug der USA aus der Verteidigungsallianz

Seit Monaten zieht sich die US-Regierung schrittweise aus der Gruppe zurück, die 2022 vom ehemaligen Verteidigungsminister Lloyd Austin ins Leben gerufen wurde, nachdem **Russland die Ukraine angegriffen** hatte. Die Gruppe wurde gegründet, um die Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine zu koordinieren und Russlands militärische Fortschritte einzudämmen.

Veränderung der Leadership-Rolle

Wo zuvor Austin oder ein hochrangiger Pentagon-Offizieller die monatlichen Treffen der Gruppe geleitet haben, hat Hegseth diese Rolle in den letzten Monaten an das Vereinigte Königreich abgegeben. Ein ranghoher US-General erklärte am Donnerstag vor den Gesetzgebern, dass es „sehr wichtig“ sei, die Ukraine

weiterhin täglich auf dem Schlachtfeld zu unterstützen, um den Russen gegenüber Einfluss zu behalten.

Verpasste Gelegenheiten und Kommentare

Im Februar nahm Hegseth an einem Treffen der UDCG in Brüssel beim NATO-Hauptquartier teil. Dort informierte er die Verbündeten darüber, dass die USA nicht länger als Garanten für die europäische Sicherheit fungieren und es höchst „unwahrscheinlich“ sei, dass die Ukraine jemals der NATO beitreten könnte. Dieser Kommentar stellte einen dramatischen Wandel von der langjährigen US-Position dar, dass die Ukraine eines Tages Mitglied der Allianz werden könnte.

Uneinigkeit über Russland und die Ukraine

Die Trump-Administration hat in den letzten Monaten ihre militärische und nachrichtendienstliche Unterstützung für die Ukraine zeitweise ausgesetzt, um Kiew zu Verhandlungen zu drängen. Die USA haben Russland trotz dessen Weigerung, einem von Washington vorgeschlagenen 30-tägigen Waffenstillstand zuzustimmen, weiterhin keine Sanktionen auferlegt.

Politische Spannungen und Verhandlungen

Trump kritisierte den russischen Präsidenten Wladimir Putin öffentlich letzten Sonntag und drohte mit Zöllen auf Länder, die russisches Öl kaufen. Wenige Tage später hob er jedoch vorübergehend Sanktionen gegen einen russischen Financier und Putin-Verbündeten auf, um ihn für Gespräche in Washington, DC, einzuladen. Dies war das erste Mal, dass ein russischer Offizieller seit Beginn der Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 für derartige Gespräche nach Washington reiste.

Wachsende Bedrohungen durch Russland

Während Dimitriev, der russische Verhandlungsführer, am Donnerstag in Washington war, erklärte General Christopher Cavoli, der Befehlshaber des US-Europakommandos, dem Kongress, dass Russland eine „chronische“ und „wachsende“ Bedrohung für die USA und den Westen darstelle. Laut Cavoli führt Russland „eine aktive Kampagne zur Destabilisierung in ganz Europa und darüber hinaus“.

Zweifel an Russlands Absichten

US-amerikanische und westliche Geheimdienstoffizielle sind der Ansicht, dass Russland nicht in gutem Glauben an einem Waffenstillstand mit der Ukraine interessiert ist. Moskau glaubt weiterhin, dass es den Krieg aufrechterhalten und die Ukraine im Kampf überdauern kann.

Schlussfolgerungen zur Situation

Ein ranghoher NATO-Offizieller äußerte am Donnerstag ähnliche Bedenken und sagte, dass „Russland weiterhin glaubt, dass die Zeit größtenteils auf seiner Seite ist“. Es bestehen seit langem Fragen darüber, ob Putin tatsächlich in gutem Glauben verhandeln will. Russland zeige sich bereit, die Gespräche [über eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA] fortzusetzen, während es gleichzeitig Verzögerungen und Ausreden vorbringt, die US-Vorschläge zum Waffenstillstand abzulehnen.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at